

## Auf dem Weg zur CO<sub>2</sub> - Steuer

**Die Union ringt um ihren Kurs für eine grundlegende Energiesteuerreform. Kritiker warnen vor zusätzlichen Belastungen für die Bürger. Die SPD drückt aufs Tempo.**

Daniel Delhaes, Silke Kersting, Klaus Stratmann Berlin

Die CDU-Chefs der Autoländer Baden-Württemberg und Niedersachsen, Thomas Strobl und Bernd Althusmann, hatten am Montag gerade den anderen Mitgliedern des CDU-Bundesvorstands erklärt, wie die Mobilität von morgen aussehen und die Versöhnung von Klimaschutz und Wirtschaft gelingen kann, da ergriff der Chef der Mittelstandsvereinigung das Wort: "Wir müssen eine CO<sub>2</sub> - Steuer ablehnen", forderte Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann (CDU) unter großem Beifall. Schließlich werde die CDU damit, keine Steuern zu erhöhen, sondern senken zu wollen. Kanzlerin Angela Merkel, die an der Sitzung teilnahm, pflichtete Linnemann bei: Statt eine neue Steuer einzuführen, wäre es "der beste Weg", wenn man das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels ausweiten könnte, gab die Kanzlerin nach Angaben von Teilnehmern zu Protokoll.

Als eine Absage Merkels an die CO<sub>2</sub> - Steuer darf man das allerdings nicht interpretieren. Denn die Ausweitung des Emissionshandels gilt als extrem schwierig. Eine CO<sub>2</sub> - Steuer könnte daher am Ende die einzige Alternative sein, wenn man schnell spürbare Fortschritte im Klimaschutz erzielen will. Das weiß auch Merkel. Schon mehrfach hat sie ihre Sympathie für diese Alternative durchblicken lassen - ebenso wie CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Der Handlungsdruck, der auf der Großen Koalition lastet, ist erheblich. Schon seit Langem ist sicher, dass Deutschland seine Klimaschutzziele für 2020 krachend verfehlen wird. Auch die Ziele für 2030 drohen außer Reichweite zu geraten.

Während der Emissionshandel in den Sektoren Industrie und Energie dafür sorgt, dass die EU-weiten Reduktionsziele Jahr für Jahr exakt erfüllt werden, hinken die Bereiche Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, der Zielerreichung hoffnungslos hinterher. Klimaschützer und Ökonomen fordern daher, in diesen Sektoren eine CO<sub>2</sub> - Steuer einzuführen. "Wenn der Klimaschutz das alles überstrahlende Ziel sein soll, dann muss die Richtschnur für die Besteuerung aller Energieträger ihr CO<sub>2</sub> - Gehalt sein", sagte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt dem Handelsblatt (siehe Interview rechts). Schmidt, zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hatte im vergangenen Jahr gemeinsam mit Ottmar Edenhofer, Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, ein Konzept für eine CO<sub>2</sub> - Steuer vorgelegt.

Im Gegenzug für eine stärkere Besteuerung von CO<sub>2</sub> könnte beispielsweise Strom aus erneuerbaren Quellen entlastet werden. Das würde die Elektromobilität beflügeln oder etwa den Einsatz elektrischer Wärmepumpen zum Beheizen von Gebäuden attraktiver machen - vorausgesetzt, der Strom stammt nicht aus Kohlekraftwerken.

Der Verein "CO<sub>2</sub> - Abgabe" schlägt eine CO<sub>2</sub> - Steuer in Höhe von 40 Euro je Tonne vor und will Einnahmen in Höhe von 40 Milliarden Euro verwenden, um beispielsweise die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder die Stromsteuer zu senken. "Von einer aufkommensneutralen Neuausrichtung der Steuern und Umlagen profitieren besonders Menschen mit geringem Einkommen durch geringere Belastung und Unternehmen, die derzeit nicht oder nur gering von Begünstigungen beim Strompreis profitieren", sagt Ulf Sieberg vom Verein "CO<sub>2</sub> - Abgabe". Sieberg räumt allerdings ein, dass es für bestimmte Fallgruppen, etwa Pendler mit geringem Einkommen, zu höheren Belastungen kommen könnte. Sie sollen daher durch Härtefallregelungen entlastet werden.

Genau hier setzt die Kritik skeptischer Unionspolitiker an. "Wir sind bereit, über jede Steuerreform zu reden, die Steuersenkungen bedeutet", stellte Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein für die CSU klar. Entscheidend sei die Belastungsneutralität, damit "den Bürgern nicht das Geld aus der Tasche gezogen wird", sagte Nüßlein. Eine komplette Ablehnung einer CO<sub>2</sub> - Steuer ist das nicht.

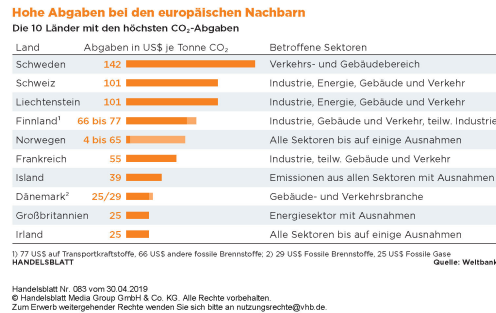
/// CDU-Vorstandsklausur Anfang Juni //

So bewegt sich die Union bei dem Thema Millimeter für Millimeter weiter. Anfang Juni, am Wochenende nach der Europawahl, wollen sich die Vorstände der CDU zur Klausur treffen. Während die einen schon glauben, dort könne Merkel ihren Abschied von der politischen Bühne verkünden, stellte Generalsekretär Paul Ziemiak am Montag klar, dass die CDU "das Arbeitsprogramm für die zweite Jahreshälfte" festlegen wolle. Es gelte, "Prioritäten zu setzen" - wozu die Festlegung in der Klimapolitik gehört. Schließlich will auch der Koalitionspartner SPD resümieren, ob sich die Arbeit in der Großen Koalition lohnt.

Die SPD hat Fortschritte im Klimaschutz längst zur Schicksalsfrage für den Fortbestand der Großen Koalition erhoben. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) fordert den Koalitionspartner seit Monaten dazu auf, sich bei der CO<sub>2</sub> - Steuer endlich zu bewegen. "Ich freue mich, dass jetzt so lebhaft über eine CO<sub>2</sub> - Bepreisung diskutiert wird", sagte Schulze am Montag. "Wir werden im Klimakabinett der Bundesregierung mögliche Modelle dazu prüfen und dann eine Entscheidung treffen."

Die Umweltministerin greift die Kritik von Teilen der Union auf: "Beim CO<sub>2</sub> - Preis darf es nicht darum gehen, Einnahmen für den Staatshaushalt zu generieren", sagte die SPD-Politikerin. Das sei ein Fehler, der in Frankreich gemacht worden sei - dort hatte sich die Protestbewegung "Gelbwesten" formiert. "Ich arbeite an einem Konzept für einen sozial gerechten CO<sub>2</sub> - Preis, der niedrige und mittlere Einkommen nicht stärker belastet", sagte Schulze. Für die Akzeptanz sei entscheidend, dass der Staat den Bürgern die Einnahmen zurückgebe.

*Delhaes, Daniel*  
*Kersting, Silke*  
*Stratmann, Klaus*



**Quelle:** Handelsblatt print: Nr. 083 vom 30.04.2019 Seite 006

**Ressort:** Wirtschaft & Politik

**Dokumentnummer:** C0E71684-40C2-448B-85D8-A93F11EA4230

### Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_C0E71684-40C2-448B-85D8-A93F11EA4230%7CHBPM\\_C0E71684-40C2-448B-85D8-/](https://www.wiso-net.de/document/HB_C0E71684-40C2-448B-85D8-A93F11EA4230%7CHBPM_C0E71684-40C2-448B-85D8-/)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH